



Fotoausstellung

Reflections – Simbabwe hat die Wahl

Hwedza, 5. März 2008: Ein Soldat steht bei einer Wahlkundgebung des simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe vor einer Unterstützergruppe der ZANU-PF (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front) Wache.



Highfield (Vorort von Harare), 17. März 2008: Eine Frau trägt einen Korb voller Bargeld. Die Hyperinflation zwingt die Menschen dazu, große Geldmengen mit sich zu führen.



Inhalt

Vorwort	Seite 4
Simbabwe am Scheideweg: Ein Drama und seine Akteure	Seite 6
Nach der Wahl ist vor der Wahl	Seite 10
Chronologie der Ereignisse ab 2000	Seite 14
Simbabwe hat die Wahl – die Frage ist nur wann und wie	Seite 16
Kirchen in Simbabwe: Ein Aufruf zu dauerhaftem Frieden	Seite 18
Die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)	Seite 20
Zimbabwe Human Rights Association (ZimRights)	Seite 21
Impressum	Seite 23

Harare, 25. Juni 2008: Opfer der Gewalttätigkeiten nach den Wahlen campieren zum Schutz vor der Südafrikanischen Botschaft, kurz vor den Stichwahlen.



Vorwort

In Simbabwe versucht eine zivilgesellschaftlich getragene Oppositionsbewegung schon seit Jahren mehr Demokratie einzuklagen und der Allmacht und dem Diskursmonopol des parteipolitisch etablierten Teils der Befreiungsbewegung andere Stimmen entgegenzusetzen. Sie wurde und wird immer wieder – besonders zu Anlässen wie Referenden oder Wahlen – gewaltsam unterdrückt und niedergeschlagen, ihre Anführer werden verhaftet, zum Teil gefoltert und getötet, ihre Familien bedroht. Auch nachdem das Regime unter Führung der ZANU-PF und Präsident Robert Mugabe nach dem von ihm nicht anerkannten Sieg der Opposition bei den Wahlen 2008 und der daraus entstandenen politischen Krise seine Macht wenigstens formal mit der Opposition teilen muss, hat sich das politische Klima in Simbabwe nicht deutlich verändert.

Schätzungen zufolge hat inzwischen die Hälfte der Bevölkerung Simbabwe verlassen, die meisten von ihnen leben in Nachbarländern, allen voran in Südafrika. Unter den in Simbabwe Verbliebenen wenden sich immer mehr Menschen vom alten Regime ab, auch Teile der Kirchen formieren sich neu und beziehen Position gegen das Unrechtsregime. Selbst innerhalb der ZANU-PF sind mittlerweile

Harare, 24. März 2008: Verursacht durch massive Geldknappheit müssen die Simbabwer stunden- oder sogar tagelang vor den Banken Schlange stehen, um Geld abzuheben.



Spannungen spürbar. Viele Kräfte wünschen sich ein schnelles Ende der Mugabe-Ära, auch wenn sie nicht wissen, was dies für die Partei und für das Land bedeuten würde.

Für 2011 hat Präsident Mugabe ohne genauen Termin Neuwahlen angekündigt, obwohl dafür die materiellen und politischen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Diese Wahlen werfen in Form einer neuen Welle der Gewalt bereits ihre Schatten voraus, wie viele Meldungen seit Anfang des Jahres bestätigen: Anhänger der Opposition werden bedroht, ihre Führer verhaftet, Versammlungen gestört und gewaltsam aufgelöst. Auch der Versuch, unter Beteiligung der Bevölkerung eine neue Verfassung zu erarbeiten, ist aufgrund von Gewaltexzessen, vor allem im Großraum Harare, gescheitert.

Viele Vereinbarungen im Koalitionsvertrag (*Global Political Agreement*) wurden nicht umgesetzt. Es gibt zwar inzwischen einige wenige freie Zeitungen, doch noch keine Lizenz für unabhängige Radios – ein Medium, das besonders der ländlichen Bevölkerung als Hauptinformationsquelle dient.

Auch weiß man inzwischen, dass mindestens ein Drittel der in den Wählerverzeichnissen aufgeführten Personen nicht mehr lebt oder unter 18 Jahre alt ist. Sie stehen auf Listen aus Regionen, die zu den Hochburgen der ZANU-PF gehören.

Dies sind nur einige Beispiele für ungelöste Probleme, vor denen Simbabwe steht. Die Forderungen der simbabwischen Zivilgesellschaft sind eindeutig: Wahlen machen erst dann Sinn, wenn garantiert werden kann, dass sowohl der Wahlkampf als auch der Verlauf der Wahlen friedlich und fair sein werden. Eine Wiederholung der Gewalt von 2008 sollte die Bevölkerung nicht erleben müssen.

„Reflections – Simbabwe hat die Wahl“ möchte dazu beitragen, die Erinnerung an die Ereignisse von 2008 wach zu halten, um daraus die notwendigen Konsequenzen für die Fortführung des Demokratisierungsprozesses in Simbabwe zu ziehen. Die Ausstellung will darüber hinaus zur Solidarität mit den Menschen, die seit vielen Jahren für eine Demokratisierung Simbawwes arbeiten, aufrufen.

„Reflections – Simbabwe hat die Wahl“ zeigt einen Teil der Bilder der Ausstellung „Reflections – the story of a stolen election“ der simbabwischen Menschenrechtsorganisation ZimRights.



Mbare (Vorort von Harare), 29. März 2008: Eine Frau betet, während die Einwohner darauf warten, bei der Wahl ihre Stimme abzugeben.

Simbabwe am Scheideweg: Ein Drama und seine Akteure

Der Konflikt um die Interpretation der Geschichte

Die Art und Weise, wie Geschichte tradiert wird, hängt oft vom Blickwinkel des Erzählers ab. Auch in der Geschichtsbetrachtung in und über Simbabwe konkurrieren verschiedene Perspektiven. Natürlich ist es legitim, sich auf eine bestimmte Weise zu erinnern, aber nur solange die Begrenztheit der eigenen Perspektive reflektiert und die Legitimität anderer Sichtweisen anerkannt wird. Sobald für den eigenen Blickwinkel ein Anspruch auf absolute Gültigkeit eingefordert wird, sind gewalttätige Konflikte und illegitime Grenzüberschreitungen nicht mehr auszuschließen.

In Simbabwe artikulieren sich die verschiedenen Perspektiven entlang alter und neuer Konfliktlinien. Der alte Rassenkonflikt aus der Kolonialzeit, der sich vor allem in Auseinandersetzungen um die Landreform und um (Privat-) Eigentumsrechte artikuliert, ist besonders seit dem Jahr 2000 wieder hochaktuell. Die sich momentan zuspitzenden Konflikte um den Zugang zu und die Kontrolle von Macht und Ressourcen bekamen vor dem Hintergrund einer deut-

lich verschlechterten Wirtschaftslage und einer veränderten politischen Landschaft eine neue Dynamik. Mit den schlechten makroökonomischen Daten und dem Abwärtstrend bei den sozialen Indikatoren Ende der 90er Jahre verschärfen sich die Umverteilungskämpfe.

Noch entscheidender ist, dass dies in einem politischen Kontext geschah, in dem die ZANU-PF, die seit der Abschaffung des Mehrparteiensystems allein regierte, das Monopol auf die Interpretation der Geschichte und damit auf die alleinige politische Gestaltung Simbabwes verlor. Mit der Gründung der MDC (*Movement for Democratic Change*), die später eine Spaltung erlebte, nahmen langjährige Versuche von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Geschichte Simbabwes anders zu lesen und anders zu schreiben, eine neue politische Gestalt an. Spätestens seit der Beteiligung dieser Partei an nationalen Wahlen entwickelte sich eine starke Polarisierung innerhalb der politischen Landschaft, welche nach dem Wahlsieg der MDC 2008 den Nährboden für Gewalt darstellte. Seit dieser Veränderung in der politischen Landschaft ist klar geworden – auch wenn die ZANU-PF dies nicht wahr haben will –, dass es nicht mehr ausreicht, sich als Protagonisten und Bewahrer einer hart umkämpften „Befreiung“ zu sehen und feiern zu lassen.

Mbare (Vorort von Harare), 30. März 2008: Ein Einwohner informiert sich über die Wahlergebnisse. Zum ersten Mal, seit es in Simbabwe Wahlen gibt, werden die Wahlergebnisse vor den Wahllokalen ausgehängt.

Name of Candidate	Party	Independent	Votes received
MURRAY MURRAY MURRAY	INDEPENDENT		23
MURRAY MURRAY MURRAY	ZANU (PF)		122
MURRAY MURRAY MURRAY	INDEPENDENT		1
MURRAY MURRAY MURRAY	MAC		23
TOTAL VOTES RECEIVED			236

Angesichts der heutigen Herausforderungen brauchen die Menschen in Simbabwe überzeugende Lösungsansätze und können sich nicht mehr mit „Befreiungsromantik“ zufrieden geben. Diese Schwäche der ZANU-PF haben die Akteure der Opposition von Anfang an thematisiert und wurden so als Modernisierer einer verkrusteten Befreiungs-ideologie porträtiert. Zu ihrer Verteidigung muss festgehalten werden, dass sie bis jetzt keine Gelegenheit hatten, ihre Ideen umzusetzen. Auch die Beteiligung an der Regierung im Rahmen des *Global Political Agreement* ermöglicht dies nicht, da die Opposition ständig behindert wird. Trotzdem haben viele Stimmen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft schon Zweifel daran geäußert, dass die MDC in der Lage ist, kontextgerechte Konzepte zu entwickeln und sich vom ideologischen Einfluss ihrer ausländischen Partner oder Paten zu befreien.

Nach der anfänglichen Euphorie ist mittlerweile also auch hier Ernüchterung eingetreten. Die MDC muss inzwischen registriert haben, dass auch sie kein Monopol auf Modernisierung besitzt, genauso wie die ZANU-PF kein Monopol beanspruchen darf, weder auf den Befreiungskampf noch auf die Bewahrung der Errungenschaften der Befreiung.

Sie können jeweils mit ihren Potentialen zum Wiederaufbau einer simbabwischen Gesellschaft beitragen. Dies

sollte im Zentrum der Veränderungsprozesse stehen – und nicht individuelle oder ideologische Interessen.

Worum es eigentlich gehen sollte

Es geht in Simbabwe im Wesentlichen darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein gemeinsames Leben in Würde zu ermöglichen. Dass dies mit einer radikalen Veränderung aktueller Macht- und Besitzverhältnisse einhergehen muss, versteht sich von selbst. Fairen und demokratischen Wahlen kommt in diesem langen Prozess der Neugestaltung des politischen und des gesellschaftlichen Raumes eine wichtige Rolle zu. Sie können aber ihre konstruktive Wirkung nur entfalten, wenn sie sich in eine globale Vision von Frieden und Gerechtigkeit einfügen: Nur wenn es gelingt, alle Gruppen in Simbabwe zu berücksichtigen und dabei die Interessen der Allgemeinheit in den Vordergrund zu stellen, kann ein Ausweg aus der Krise sichtbar werden. Dieser Ausweg kann sich nicht darin erschöpfen, die Diktatur der Befreiungs-ideologen durch die Diktatur des Neoliberalismus zu ersetzen. Die Probleme Simbabwes lassen sich nicht mit einfachen Rezepten lösen, mit oder ohne Mugabe. Es bedarf Visionen von innen, die die Wünsche der SimbabwerInnen transportieren, und es bedarf noch mehr Anstrengungen, um diese Visionen praktisch umzusetzen.



Ein Krankenhaus in Harare, 13. April 2008: Ein Mann zeigt seine Hand, die bei gewaltsamen Ausschreitungen nach den Wahlen verletzt wurde.

Die Rolle externer Akteure

Von außen dominieren oft einseitige und interessengeleitete Analysen der Situation in Simbabwe. Es fällt auf, dass die Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe für einen erheblichen Teil der internationalen Gemeinschaft erst dann problematisiert wurden, als die weißen Farmer zu Opfern wurden und die simbabwische Regierung zur Sicherung der eigenen Macht die „Land-Karte“ spielte und damit das etablierte Prinzip des Schutzes des Privateigentums verletzte. Dies wird besonders deutlich im Umgang vieler westlicher Politiker mit den Massakern im Matabeleland in den 80er Jahren. Die Menschenrechtsverletzungen wurden ignoriert, solange sich das Mugabe-Regime den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und den Wirtschaftsinteressen Europas unterwarf.

Auffällig ist auch, dass die Sanktionen, die Simbabwe auferlegt wurden, für andere Nationen mit Menschenrechtsverletzungen nicht verhängt werden. Dass in Ländern wie Angola Sanktionen ausbleiben, solange das autokratische Regime dort die Wirtschaftsinteressen mächtiger Länder nicht gefährdet, lässt vermuten, dass auch im Blick auf Simbabwe die Aufmerksamkeit westlicher Länder nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung gilt.

Von Seiten der westlichen Regierungen wäre eine neue Bescheidenheit angemessen, um die Glaubwürdigkeit wieder zu gewinnen, die die Menschenrechte, die Demokratie und die gute Regierungsführung im Weltmaßstab brauchen, um sich tatsächlich als Grundprinzipien der internationalen Kooperation zu etablieren. Für die Menschen in Ländern wie Simbabwe bedeutet dies, dass sie selbst ihr Land positiv und nachhaltig verändern müssen, um dadurch zu ernstzunehmenden Akteuren zu werden. Dafür müssen die eskalierten Konflikte, die heute Leid verursachen, in positive Strategien und Aktivitäten verwandelt werden. Bei dieser Aufgabe sollten sie auf eine Unterstützung der westlichen Gesellschaften zählen können, die sich nicht an geopolitischen oder wirtschaftlichen Interessen, sondern an den Bedürfnissen und der Würde der Menschen in Simbabwe orientieren.

Bindura, 14. April 2008: Kinder paradieren für den simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe.





Domboshawa, 19. April 2008: Wahlhelfer zählen nach den umstrittenen Wahlergebnissen erneut Stimmzettel aus.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Einblicke in die Geschichte der Menschenrechte in Simbabwe

Chimurenga

„Chimurenga“ bezeichnet in Shona den Kampf an sich und wurde in Simbabwe zum Synonym für den Befreiungskampf gegen die koloniale und rassistische Unterdrückung im 19. und 20. Jahrhundert.

Bereits beim ersten Chimurenga im 19. Jahrhundert versuchten die Ndebele und Shona, sich von den Kolonisten zu befreien. Doch erst der zweite Befreiungskampf zwischen 1964 und 1979, der mit dem Lancaster-House-Abkommen beendet wurde, führte zur formalen Unabhängigkeit und zur Konstituierung von Simbabwe.

Interessanterweise hatten sich die weißen Siedler 1964 in einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung als Rhodesien vom „Mutterland“ England abgespalten. Fast der gesamte Rest des afrikanischen Kontinents wurde unabhängig, nur die Staaten des südlichen Afrikas mit ihrer großen Zahl an weißen Siedlern blieben rassistische Staaten mit einer Herrschaft der weißen Minderheit über die schwarze Mehrheit.

Der Kampf der Patriotic Front gegen das rhodesische Militär war ein Guerillakrieg, ein Buschkrieg, der nicht nur die Kämpfer, sondern die gesamte Gesellschaft traumatisierte. Mindestens 30 000 Menschen starben, viele blieben körperlich und seelisch verletzt zurück.

Und wie bei allen Befreiungsbewegungen bleibt die Stellung und die Rolle der ehemaligen Kämpfer, der Veteranen, ein bis heute ungelöstes Problem.

Gukurahundi

Simbabwe feierte 1980 seine Unabhängigkeit. Unter Führung von Robert Mugabe gewann die ZANU (*Zimbabwe African National Union*) die ersten freien Wahlen. Doch bereits während des Befreiungskampfes gab es Spannungen zwischen unterschiedlichen Guerillalagern. Es spaltete sich eine Gruppe von Dissidenten ab, die in den ersten Jahren der Unabhängigkeit besonders im Matabeleland ihr Unwesen trieb. Die Zentralregierung schickte Soldaten und Präsident Mugabe nutzte die Situation auch, um gegen die Opposition der ZAPU vorzugehen. Die berüchtigte 5. Brigade, welche in Nordkorea ausgebildet worden war, wurde gegen Oppositionelle und ihre Unterstützer eingesetzt. Sie tötete, folterte, zerstörte Häuser und Felder.

Kuwadzana (Vorort von Harare), 1. Mai 2008: Ein Mann hält bei einer Versammlung am Tag der Arbeit (Worker's Day) ein Poster hoch.



Die ZANU-Propaganda sorgte dafür, dass die meisten Simbabweer außerhalb des Matabelelandes die bewaffneten Dissidenten mit der Opposition der ZAPU gleichsetzten.

Präsident Mugabes Regime nannte die Militäroperation „Gukurahundi“, nach einem Ausdruck aus der Shona-Sprache, welcher übersetzt „der frühe Regen wäscht die Spreu weg vor dem Frühlingsregen“ bedeutet.

Diese schweren Menschenrechtsverletzungen – manche Analysten sprechen von Genozid – wurden nie offiziell aufgearbeitet. Staatliche und nichtstaatliche Berichte über Nachforschungen wurden unter Verschluss gehalten. Die Opfer wurden weder rehabilitiert noch entschädigt.

2007 brachten Justitia et Pax (CCJP) und die Legal Resources Foundation den bereits zehn Jahre alten Bericht „Breaking the silence“ neu heraus, um auf die eklatanten Parallelen zur Situation seit der Entstehung der neuen Opposition Anfang 2000 hinzuweisen.

Die ZANU-PF verlor an Boden, besonders in den großen Städten. Dort konnte sie die Rhetorik des Machtanspruchs, den sie mit ihren Verdiensten bei der Befreiung Simbawes vom rassistischen System begründete, nicht mehr aufrecht erhalten. Eine kleptokratische Elite bereicherte sich zunehmend sichtbar an den Ressourcen des Staates

und des Landes und sicherte sich mithilfe von Privilegien und Korruption die Loyalität ihrer Anhänger.

Operation Murambatsvina

Im April 2005 begann die „Operation Müllentsorgung“ (Murambatsvina), die die Regierung selbst als „Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ bezeichnete. Dabei wurden in allen großen Städten informelle Siedlungen und Märkte zerstört, die Menschen vertrieben und ihr Hab und Gut konfisziert. Ziel war es hierbei, die Menschen wieder zurück in die ländlichen Gebiete zu zwingen – und damit weg aus dem Einflussbereich der Opposition. Die Zahl der direkt Betroffenen variiert zwischen 300 000 und einer Million Menschen.

Das weltweite Phänomen der Landflucht hatte durch die Landreform von 2000 in Simbabwe, durch die viele Farmer Arbeiter Arbeit und Wohnung verloren, besonders dramatische Dimensionen angenommen. Immer mehr Menschen wurden in die Städte getrieben, um dort Arbeit und Wohnraum, medizinische Versorgung und Ausbildung für ihre Kinder zu finden.

Die Hauptbetroffenen der Operation waren junge arbeitslose Familien, die vom Regime als potentielle soziale



Harare, 3. Mai 2008: Ein Mann liest die Tageszeitung, in der verkündet wird, dass aus der umstrittenen Präsidentschaftswahl kein klarer Sieger hervorgeht.

Unruhestifter und MDC-Wähler angesehen wurden. Die Zerstörung der Märkte schwächte besonders den informellen Sektor, der aber wegen der enormen Inflation und des Zusammenbruchs der formellen Wirtschaft für etwa 80 Prozent der Simbabweer als einzige Überlebensstrategie diente.

Operation No Return

Im Jahr 2006 wurden im Osten Simbabwes Diamanten entdeckt und zunächst über eine in London registrierte Bergbaugesellschaft abgebaut. Als die wirtschaftliche Situation immer schwieriger wurde und die Hyperinflation das Patronesystem der ZANU-PF ins Wanken brachte, entzog die Regierung – um selbst kostengünstig an Diamanten zu kommen – der Bergbaufirma die Lizenz und ermutigte simbabwische Schürfer, den Abbau zu übernehmen. Doch die von staatlichen Stellen angebotenen Preise lagen weit unter dem Marktwert, so dass sich schnell illegale Händler etablieren konnten. Militär und Polizei wurden in das Diamantengebiet geschickt, angeblich, um die Ordnung wiederherzustellen.

In der ersten Welle der „Operation No Return“ wurden 22 000 Menschen vertrieben und inhaftiert, im November 2008 kamen mindestens 200 Menschen zu Tode. Die Übergriffe richteten sich dabei nicht nur gegen Schürfer und

Händler, sondern auch gegen die Bewohner der umliegenden Dörfer und dort meist gegen Oppositionelle – der Marange-Distrikt zählt zu den Hochburgen der Oppositionspartei MDC.

Mehr und mehr übernahmen Militär- und Polizeiverantwortliche gemeinsam mit Teilen der politischen Elite des Landes den Abbau und Vertrieb der Steine, vorbei an den öffentlichen Kassen. Offiziere und die Elite der ZANU-PF verschafften sich so finanzielle Spielräume, die ihnen die Regierung aufgrund der Dollarisierung des Landes nicht mehr gewähren konnte.

Schicksalswahl 2008

Seit Präsident Mugabe im Jahr 2000 das Referendum für eine Verfassungsreform verloren hatte, haben Menschenrechtsverletzungen rapide zugenommen. Die meiste Gewalt geht dabei von Jugendorganisationen, Milizen und Anhängern der ZANU-PF aus. Ihr Ziel ist es, durch Einschüchterung, Verhaftungen, Folter und Mord die Opposition und regimekritische Stimmen langfristig auszuschalten. Symbolisch steht hierfür der 11. März 2007, an dem 50 Aktivisten – unter ihnen Oppositionsführer Morgan Tsvangirai – bei einer öffentlichen Gebetsversammlung festgenommen, geschlagen und zum Teil gefoltert wurden. Die *Save*

Warren Hills Friedhof, Harare. 17. Mai 2008. Trauernde bei der Beisetzung des MDC-Aktivisten Better Chokururama, der während den Ausschreitungen nach den Wahlen getötet wurde.



Zimbabwe Campaign hatte zu dieser Veranstaltung aufgerufen, nachdem die Regierung ein dreimonatiges Versammlungsverbot ausgesprochen hatte.

International begann sich immer stärkerer Widerstand gegen das Unrechtsregime zu regen. Zugleich nahmen die Menschenrechtsverletzungen bis zu den Wahlen im März 2008 immer mehr zu.

Trotz der Spaltung der MDC und trotz des offensichtlichen Wahlbetrugs gewann die größere Fraktion unter Führung von Morgan Tsvangirai die Parlamentswahlen. Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl wurden zurückgehalten. Obwohl viele Beobachter einen Sieg Tsvangirais erwartet hatten, bestand Präsident Mugabe auf einer Stichwahl. Gleichzeitig eskalierte die politisch motivierte Gewalt und die Einschüchterung von Anhängern der Opposition nahm ungeahnte Formen an. Zwischen März und Juni 2008 zählte die Menschenrechtsorganisation *Sokwanele* mehr als 2000 Übergriffe. Tsvangirai sah daraufhin von einer Teilnahme an der Stichwahl ab und Präsident Mugabe wurde als einziger Kandidat in einer weiteren umstrittenen Wahl zum neuen Präsidenten gewählt.

Die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC) hatte bereits im März 2008 den damaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki beauftragt, zwischen ZANU-PF

und MDC zu vermitteln. Daraus entstand das *Global Political Agreement* und die Koalitionsregierung, die im September 2008 ihre Arbeit aufnahm.

Neueste Entwicklungen

Wenn auch bis heute nicht alle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umgesetzt sind, so wurde die Gewalt in den meisten Gebieten seitdem eingedämmt. Auch die Wirtschaft konnte sich wieder etwas erholen.

Doch nachdem Ende 2010 die Diskussion um Neuwahlen wieder entbrannte, berichteten Menschenrechtsorganisationen, dass zur Einschüchterung der Bevölkerung Tausende von Soldaten und Jugendmilizen in die ländlichen Gebiete geschickt, vermehrt Versammlungen verboten und Oppositionspolitiker inhaftiert wurden.

Die SADC reagierte darauf, berief weitere Treffen mit Mugabe ein und sprach deutlichere Worte bezüglich der Ausschreitungen und Vorbereitungen für die Wahlen, die die Gewalt wieder einzudämmen scheinen.

Es bleibt zu hoffen, dass besonders die Bemühungen der Nachbarländer fruchten, damit die nächsten Wahlen in Simbabwe frei und fair ablaufen können.



Matabeleland North, 7. Juni 2008: Der Präsident der MDC, Morgan Tsvangirai, ist während des Wahlkampfes kurz vor den am 27. Juni anstehenden Präsidentschafts-Stichwahlen mit einem öffentlichen Autobus unterwegs.

Chronologie der Ereignisse ab 2000

2000

26. Juni Die 1999 gegründete Oppositionspartei *Movement for Democratic Change* (MDC) gewinnt 57 von 120 Sitzen bei Parlamentswahlen. Zum ersten Mal nach langer Zeit erhält damit eine Oppositionspartei eine relevante Anzahl von Parlamentssitzen. Unmittelbar nach den Wahlen werden Oppositionsanhänger verfolgt, viele festgenommen, verletzt und getötet. Demonstrationen werden gewaltsam niedergeschlagen.

2007

11. März Die *Save Zimbabwe Campaign*, ein Zusammenschluss von religiösen, politischen und zivilgesellschaftlichen Oppositionsgruppen, organisiert ein Gebetstreffen, bei dem die simbabwische Bereitschaftspolizei einen Aktivistin tötet und mehrere Oppositionelle – unter anderem den MDC-Führer Morgan Tsvangirai – verhaftet und verletzt.

2008

29. März Präsidentschafts-, Parlaments- und Senatswahlen: Die MDC-Tsvangirai und die MDC-Mutambara gewinnen insgesamt 109 Parlamentssitze, Mugabes ZANU-PF hingegen erhält nur 97 Sitze. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit 1980 hat die ZANU-PF ihre Mehrheit im Parlament verloren.

Im Senat gewinnen ZANU-PF und MDC jeweils 30 Sitze. Die *Zimbabwe's Electoral Commission* (ZEC) hält die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl zurück. Die MDC beruft sich auf vorzeitige Auszählungsergebnisse und erklärt ihren Präsidentschaftskandidaten Morgan Tsvangirai zum Sieger. Die Gewalt gegenüber der Opposition nimmt zu.

April Einzelne Staaten, die SADC (*Southern African Development Community*), die Vereinten Nationen sowie die Europäische Union appellieren an die ZEC, die Ergebnisse zu veröffentlichen, und drohen Simbabwe mit Sanktionen, die in den folgenden Wochen teilweise umgesetzt werden (Waffenembargo, Einfrieren von Auslandsvermögen usw.).

2. Mai Aus den von der ZEC veröffentlichten Ergebnissen geht hervor, dass keiner der beiden Kandidaten die absolute Mehrheit gewonnen hat (47,9 Prozent der Stimmen gehen an Tsvangirai, 43,7 Prozent an Mugabe) und dass eine Stichwahl nötig ist. Externe Beobachter und die Opposition werfen der Regierung Wahlbetrug und gewaltsame Einschüchterungsversuche im Vorfeld und während der Wahl vor.

22. Juni Tsvangirai zieht seine Kandidatur aufgrund der anhaltenden Gewalt gegen Oppositionsanhänger und Demonstranten zurück.

27. Juni Mugabe gewinnt als einziger angetretener Kandidat die Präsidentschaftswahlen.

Chitungwiza, 13. Juni 2008: Ein Opfer der Übergriffe nach den Wahlen sitzt auf seinem Krankenhausbett und erzählt von dem Brandanschlag auf das MDC-Büro in Zaka.



- Juli Verhandlungen über eine Regierungskoalition zwischen MDC und ZANU-PF beginnen. Ziel ist das Ende der politischen Gewalt und der Menschenrechtsverletzungen. Verhandlungsführer von Seiten der SADC ist Südafrikas Präsident Thabo Mbeki.
15. Sept. Mugabe und Tsvangirai unterzeichnen ein gemeinsames Regierungsabkommen, das so genannte *Global Political Agreement* (GPA). Tsvangirai wird Premierminister, Mugabe bleibt Präsident, die Ministerposten werden zwischen MDC und ZANU-PF aufgeteilt.
- 2009**
- Sept. Auch ein Jahr nach dem gemeinsamen Regierungsabkommen beklagt die MDC weiterhin Restriktionen und Gewalt gegen seine Mitglieder. Mugabe spricht sich für einen Neubeginn in den internationalen Beziehungen zu Simbabwe aus. Tsvangirai bittet die internationale Gemeinschaft, die Einigkeit der Regierung zu honorieren und die Sanktionen gegen Simbabwe zu lockern.
- Oktober Nach der Verhaftung des MDC-Politikers Roy Bennett droht Tsvangirai vorübergehend damit, die Teilnahme seiner Partei an Kabinettsitzungen zu suspendieren. Bennett wird gegen Kautionsfreigelassen.

2010

- März Die Ausstellungseröffnung „Reflections – the story of a stolen election“ wird zunächst verhindert, kann aber nach einem Gerichtsurteil zumindest eröffnet werden.
- Sept. Tsvangirai wirft Mugabes Partei vor, die Versammlungen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung gewaltsam zu verhindern.
- Dez. Die ZANU-PF nominiert Robert Mugabe als Kandidaten für die nächste Präsidentschaftswahl.

2011

- Februar Die EU lockert einige Sanktionen: 35 Unterstützer Mugabes haben nun wieder Zugang zu ihrem Auslandsvermögen. Gegen 163 Personen und 31 Unternehmen werden die Einreiseverbote und Anordnungen zum Einfrieren von Vermögenswerten in der EU für ein Jahr verlängert. Inspiriert durch die Ereignisse in Nordafrika kommt es vermehrt zu Treffen und Demonstrationen von Oppositionsanhängern. Da die mediale Berichterstattung weiterhin stark zensiert wird, organisiert das *International Socialist Movement* ein geheimes Treffen, bei dem Bilder von der Revolution in Ägypten gezeigt werden. Alle 46 Anwesenden werden noch während des Treffens verhaftet und des Landesverrats angeklagt.



Harare, 13. Juni 2008: Präsident Robert Mugabe besucht kurz vor den Stichwahlen eine Jugendversammlung.

Simbabwe hat die Wahl – die Frage ist nur wann und wie

Robert Mugabe ist 87 Jahre alt und krank – und dennoch hält er an der Macht fest, ohne offiziell über eine Nachfolge zu reden oder sie gar vorzubereiten. Im April 2011 erklärte er, trotz massivem Widerstand der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) und deren Verhandlungsführer für Simbabwe, dem südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma, dass im Juni 2011 Präsidentschaftswahlen stattfinden würden. Die bisherige Verfassung sieht zwar vor, dass der Präsident diese Entscheidung alleine treffen kann, doch die SADC hat bereits signalisiert, dass sie eine nicht von allen drei Parteien der Koalitionsregierung getragene Wahl nicht akzeptieren würde. Sie fordert deswegen einen Fahrplan für Neuwahlen, den alle Koalitionspartner beschließen sollen.

Premierminister Morgan Tsvangirai (MDC) verkündete auf einer Versammlung in Bulawayo, ebenfalls im April, dass mit Unterstützung der SADC und besonders mit einem abgestimmten Fahrplan Neuwahlen Anfang 2012 möglich wären. Auch für ihn sind Wahlen wichtig, denn in der derzeitigen politischen Situation hat die Oppositionspartei

weder Macht noch genügend politischen Einfluss, um ihr Programm und sogar den in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Minimalkonsens durchzusetzen. Gleichzeitig verhindern Polizei, Militär und parastaatliche (Un-)Sicherheitskräfte, die nach wie vor auf Seite der ZANU-PF stehen, dass die MDC im Land ungehindert politisch aktiv werden kann. Immer wieder werden MDC-Minister verhaftet und an der Ausübung ihrer politischen Ämter gehindert. Doch Tsvangirai steckt in einem Dilemma. Neuwahlen unter den jetzigen Bedingungen könnten dazu führen, dass die ZANU-PF die Opposition durch Gewalt und Einschüchterungsmechanismen weiter schwächt. Außerdem ist zu befürchten, dass die ZANU-PF durch Wahlmanipulation eine satte Mehrheit erlangen könnte, was die Gestaltungsmöglichkeiten der Opposition zerstören würde. Und obwohl es inzwischen einen Fahrplan mit Bedingungen für Neuwahlen gibt, ist es nach wie vor eher unwahrscheinlich, dass die ZANU-PF sich daran halten und diese umsetzen wird. Zu den unabdingbaren Voraussetzungen für faire und zielführende Wahlen gehören unter anderem die Verabschiedung einer neuen, unter Beteiligung aller politischer Kräfte konzipierten Verfassung, die erst den Rahmen für die Wahlen definiert, der freie Zugang aller Parteien zu den Medien und die Versammlungsfreiheit. Dazu gehört aber

22. Juni 2008: Unterstützer der Zanu-PF attackieren Anhänger der MDC, die auf dem Weg zu einer Wahlkundgebung in Harare waren.



auch, dass Polizei und Militär für Simbabwe und nicht für die ZANU-PF arbeiten und dass paramilitärische Einheiten, die Veteranen und die Jugendorganisationen entwaffnet und in rechtstaatliche Schranken gewiesen werden.

Sollten diese Voraussetzungen tatsächlich erfüllt werden, stehen die Chancen für einen Sieg der Opposition gut. Allein dies beunruhigt die ZANU-PF, die anscheinend noch nicht bereit ist, einen Machtwechsel zu akzeptieren. Aus diesem Grund versucht sie mit allen Kräften, die Umsetzung eines Fahrplans für faire Wahlen zu verhindern. Die SADC drohte auf ihrem letzten Treffen im März 2011 Mugabe damit, ihm keinen bedingungslosen Rückhalt mehr zu gewähren.

Unklar bleibt auch, wer die Wahl, wann immer sie kommt, bezahlen soll. Die Wahlkommission hat bei Finanzminister Tendai Biti (MDC) 400 Millionen USD beantragt – bei einem Haushalt, der bereits jetzt ein Defizit von 150 Millionen USD aufweist. Für dieses Jahr steht also auch eine ungesicherte Finanzierung den Wahlen im Wege. Damit scheint der Vorschlag der Afrikanischen Union (AU), Wahlen frühestens 2013 abzuhalten, realistischer zu sein, vorausgesetzt, es finden sich bis dahin Geldgeber.

Mindestvoraussetzungen für eine freie und faire Wahl

Schon als Mitte 2010 über Neuwahlen in Simbabwe spekuliert wurde, stellten die Kirchen ebenso wie die AU konkrete Forderungen für Neuwahlen auf, die sich zum Teil mit denen decken, die jetzt die Koalitionsregierung beschlossen hat. Ohne die Einhaltung dieser Forderungen ist eine Wahl kaum denkbar, zudem wäre sie nicht demokratisch und würde unweigerlich zu einer Wiederholung der Vorgänge von 2008 führen:

- Ende der Gewalt von Seiten staatlicher und parastaatlicher Kräfte gegenüber Opposition und ihren Anhängern,
- Weiterführung und Abschluss des Verfassungsreformprozesses mit einem nationalen Referendum,
- Reform des Wahlverfahrens,
- Schutz der Wähler vor Gewaltausbrüchen,
- Aktualisierung und Bereinigung der Wählerlisten,
- Zulassung und Bewegungsfreiheit für regionale und internationale Wahlbeobachter,
- Gewährleistung einer freien Medienberichterstattung,
- strenge Verhaltenskodizes für Politiker und Bestrafung der Anstiftung zur Gewalt,
- Schutz der Wahlergebnisse vor Fälschungen.



Harare, 15. September 2008: Arthur Mutambara, Robert Mugabe, Morgan Tsvangirai und der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki bei der Unterzeichnung des Global Political Agreement.

Pressemeldung vom Februar 2011 von den Heads of Christian Denominations in Zimbabwe (Oberhäupter der christlichen Kirchen in Simbabwe)

Kirchen in Simbabwe: Ein Aufruf zu dauerhaftem Frieden

Wir, die Kirchen in Simbabwe – der Simbabweische Kirchenrat (ZCC), die Katholische Bischofskonferenz (ZCBC) und die Evangelikale Gemeinschaft (EFZ) – bekräftigen nochmals unsere Überzeugung, dass jeder Mensch mit von Gott gegebenen unveräußerlichen Rechten geboren ist. Es ist deshalb die Pflicht jeder Regierung, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die BürgerInnen die Möglichkeit haben diese Rechte wahrzunehmen und in diesem Prozess ihre Potentiale voll auszuschöpfen. Die Kirche hat das Mandat, die Stimme für die Stimmlosen zu erheben, für pastorale Dienste der Nation zur Verfügung zu stehen und Teil des Wiederaufbauprozesses zu sein.

In der Verwirklichung ihrer Vision von Gerechtigkeit, Frieden, Wohlstand und der integralen Erlösung der Menschen erkennt die Kirche den bisherigen Fortschritt an und weiß die von der Koalitionsregierung getroffenen Maßnahmen zur Friedensschaffung und Heilung der Nation zu schätzen. Im Bewusstsein der von uns getragenen Verantwortung für eine friedliche Zukunft unserer Nation und in dem Wunsch, eine Wiederholung der politischen Gewalt im Zuge der Wahlen von 2008 zu verhindern, rufen wir die Regierung und die politischen Parteien dazu auf, folgende Sorgen ernst zu nehmen:

Koalitionsvertrag (Global Political Agreement GPA)

Bevor Neuwahlen stattfinden können, müssen sämtliche Vereinbarungen des GPA implementiert werden. Wir ersuchen die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC), eine vollständige, transparente und zeitnahe Umsetzung des Abkommens zu garantieren. Die Kirche ist bereit und willens, den Dialog zwischen den Machthabenden und den politischen Parteien zu begleiten und zu unterstützen.

Verfassungsgebender Prozess

Bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung muss sichergestellt sein, dass die Interessen und Ansichten der Menschen Berücksichtigung finden. Die Schwächen, die bei den öffentlichen Diskussionen zu einer Zersetzung der Ansichten der Menschen in bestimmten Regionen geführt haben, sollten ebenfalls zur Kenntnis genommen werden.

Wahlen

Wir bitten unsere politischen Führer in der Koalitionsregierung inständig, den Zeitpunkt der Wahlen besonders vor dem Hintergrund der Zerrissenheit der Gesellschaft und des fragilen Zustands der Wirtschaft noch einmal zu überdenken. Wann auch immer Wahlen stattfinden, ist es für die Regierung unverzichtbar, die SADC-Richtlinien in vollem Umfang einzuhalten. Nur unter diesen Bedingungen können die Wahlen als glaubwürdig gelten.

Harare, 4. Dezember 2008: Eine Kundin steht vor leeren Supermarktregalen. Die Regierung führte 2007 Preiskontrollen ein – als Resultat verschwand die Ware aus den Läden.



Frieden und Sicherheit

Die Kirchen sind besorgt über die Berichte über politisch motivierte Gewalt in den Provinzen Mashonaland, Masvingo, Manicaland und Harare, die durch die Wiederbelebung jener Strukturen hervorgerufen wird, die bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2008 zu Gewalt führten.

Die Kirche ermahnt die politische Führung Zurückhaltung zu üben und Aussagen, welche politische Gewalt hervorrufen könnten, zu vermeiden. Obwohl die gelegentliche Verurteilung von Gewalt ermutigend erscheint, müssen die politischen Entscheidungsträger sich regelmäßiger zum Gewaltverzicht bekennen und diese Aussagen auch in der Realität umsetzen. Die Kirche ruft die Sicherheitskräfte dazu auf, Frieden und Sicherheit für alle Bürger zu garantieren. Um ihrer verfassungsgemäßen Pflicht nachzukommen, müssen sie ihre Aufgaben unparteiisch und neutral erfüllen. Darüber hinaus hebt die Kirche die strategische Bedeutung traditioneller Führer hervor, die diese bei der Sicherstellung des Friedens innerhalb der Gemeinden haben. Die Kirche fordert daher die Chiefs auf, gemeinsam mit anderen Verantwortlichen für Frieden und Sicherheit in den Gemeinden zu sorgen.

Die Rolle der Massenmedien

Die Kirche weiß um die Macht der Medien in der öffentlichen Meinungsbildung. Sie ist beunruhigt über die hasserfüllte Sprache der Medien und fordert Journalisten auf, an ihren ethischen Grundwerten festzuhalten und Gerechtigkeit und Fairness in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Nationaler Heilungsprozess

Die Kirche ist besorgt über das Fehlen klarer nationaler Rahmenbedingungen für den Heilungs- und Versöhnungsprozess, der in dieser Übergangsphase einen entscheidenden Bestandteil darstellt. Solange diese Rahmenbedingungen fehlen, wird die Kirche ihr biblisches Mandat zur Versöhnung in unterschiedlichen Formen wahrnehmen, erinnert aber an die strategische Bedeutung der Kommission für Nationale Heilung, Versöhnung und Integration, die eine unabhängige Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Versöhnungskommission vorbereiten sollte. Die Kommission für Nationale Heilung, Versöhnung und Integration sollte außerdem einen flächendeckenden und inklusiven Prozess zur Erarbeitung nationaler Rahmenbedingungen in Gang setzen, die Themen wie Wahrheitsfindung, Aufbereitung der Vergangenheit, Versöhnung sowie Täter-Opfer-Ausgleich und Transitional Justice (Gerechtigkeit im Übergangsprozess) bearbeiten.

Aufruf an die Kirchen

Wir fordern die Kirchengemeinden auf, Mahnwachen und Gebete zu organisieren und sich an der Kampagne für den Frieden zu beteiligen, damit Gott unsere Nation in ein neues, friedliches und erfolgreiches neues Jahr führt.

Wir glauben, Gottes Zeit für unsere Nation bricht an, um in eine neue Ära des Friedens und Wohlstands für alle fortzuschreiten.

Gott segne Simbabwe!



Johannesburg, 9. Dezember 2008: Simbabweische Flüchtlinge drängen sich dicht an dicht in der Central Methodist Church. Die Simbabweer suchten Asyl in der Kirche wegen der Wirtschaftskrise und gewalttätigen Ausschreitungen nach den Wahlen in ihrem eigenen Land, aber auch aufgrund von fremdenfeindlichen Attacken in Südafrika.

Die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)

Die KASA versteht sich als ökumenische Informations- und Servicestelle zum Südlichen Afrika und als Lobby- und Kampagnenbüro zu ausgewählten Themen sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit im Kontext von Globalisierung und Klimawandel.

Die KASA wurde 1996 auf Initiative der Werkstatt Ökonomie als Kooperationsprojekt kirchlicher Gruppen und Organisationen gegründet und ist seither bei der Werkstatt Ökonomie in Heidelberg angesiedelt. Sie versteht sich als Schnittstelle zwischen Gruppen und Organisationen im Südlichen Afrika und Europa, die sich für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzen. Die KASA öffnet Räume für die Diskussion von Alternativen und möchte Menschen Gehör verschaffen, deren Stimme von den Mächtigen allzu oft überhört wird („Voice & Space“). Grundlage dafür sind Partnerbeziehungen auf Augenhöhe. Die Impulse aus dem Südlichen Afrika nimmt die KASA in ihre Solidaritätsarbeit auf und bringt sie in die politische Debatte hierzulande ein.

Die politische Advocacyarbeit der KASA wird getragen von lebendigen Beziehungen zu den Partnerorganisationen

und Basisbewegungen im Südlichen Afrika. Deren Anliegen nimmt die KASA auf und setzt sie themenspezifisch und ergebnisorientiert in Forderungen gegenüber Entscheidungsträgern in Politik und Unternehmen um. Diese Lobbyarbeit wird durch Vernetzung mit Bündnispartnern gestärkt und durch zielgerichtete Kampagnen unterstützt. Wir suchen dabei nach wirksamen Handlungsoptionen, ohne die Komplexität politischer Zusammenhänge außer Acht zu lassen.

Die KASA bringt sozio-ökonomische Fragen in kirchliche und außerkirchliche Strukturen ein und versucht dafür auf nationaler und internationaler Ebene Bündnispartner zu gewinnen und Kräfte zu bündeln.

Durch den regelmäßig erscheinenden Newsletter, die Zusammenstellung von Hintergrundmaterial auf der Webseite und die Veröffentlichung von Artikeln in Fachzeitschriften versucht die KASA ihre Themen einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und fundierte Diskussionen anzustoßen. Zusammen mit der Bildungs- und der Kampagnenarbeit schafft dies die Grundlage für die Advocacy- und Lobbyarbeit.

Zimbabwe Human Rights Association (ZimRights)

Die simbabwische Menschenrechtsorganisation Zimbabwe Human Rights Association (ZimRights) wurde 1992 mit dem Ziel gegründet, die Menschen in Simbabwe über die Menschenrechtssituation in ihrem Land aufzuklären und sie zum Kampf für die Gewährleistung ihrer Rechte zu ermutigen. ZimRights will die Menschenrechte zu einem alltäglich präsenten Thema machen, an dem jede/r Einzelne in Simbabwe Anteil nimmt. Ihre Vision ist eine Kultur und ein Bewusstsein der Einzigartigkeit und Unverletzlichkeit der Menschenrechte. ZimRights möchte die Menschenrechte voranbringen, schützen und verteidigen und so die an den Rand Gedrängten in Simbabwe durch Bildung und Information zur Durchsetzung ihrer Rechte und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen befähigen.

Bulawayo, 25. April 2008: Ein Soldat steht Wache, während der simbabwische Präsident Robert Mugabe die Simbabwische Internationale Messe (Zimbabwe International Trade Fair) eröffnet.



3. Juni 2008: Ein Straßenkind schläft vor Wahlkampfpostern, während das Land sich auf die Präsidentschafts-Stichwahlen vorbereitet.



Mount Darwin, 11. Mai 2008: Eine Frau passiert die Überreste eines Gehöfts, das bei den gewaltsamen Übergriffen nach den Wahlen niedergebrannt wurde.



Titelfoto: Mbare (Vorort von Harare), 29. März 2008:
Einwohner stehen bei Sonnenaufgang Schlange vor
einem Wahllokal, um ihre Stimme abzugeben.

Impressum:

Text & Redaktion:

Simone Knapp, Boniface Mabanza

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika
c/o Werkstatt Ökonomie
Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg

Telefon (06221) 4 33 36-12

Telefax (06221) 4 33 36-29

E-Mail: kasa@woek.de

Bankverbindung:

KASA c/o Werkstatt Ökonomie,

Konto 801 885 1600

GLS Gemeinschaftsbank eG BLZ 430 609 67

www.kasa.woek.de

Heidelberg, im Mai 2011

Konzept & Layout: Bettina Bank, Heidelberg

Druck: Druckhaus Diesbach, Weinheim



KASA
Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika



www.reflections-simbabwe.de